

Done is better than perfect

Foto: © Richtervereinigung



MAG.ª MARIA NAZARI-MONTAZER

ist Richterin des ASG Wien und Vizepräsidentin der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter.

IM HEURIGEN JAHR IST DIE ARBEITSBELASTUNG BUNDESWEIT DEUTLICH ANGESTIEGEN. Die Entwicklung der Personalausstattung konnte mit diesem Wachstum nur in homöopathischen Dosen mithalten. Dazu kommt, dass es derzeit auch sehr schwierig ist, überhaupt ausreichend geeignete Kandidat:innen für Bewerbungen zu bekommen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren, vor allem aufgrund der dramatischen Anzahl an Pensionsabgängen, eher noch verschärfen als bessern. Die Berechnungen liegen auf, und durch den steigenden Arbeitsdruck werden auch vorzeitige (zB krankheitsbedingte) Abgänge wahrscheinlicher.

Was kann man da tun? Eine – in der Praxis oft zu beobachtende – Reaktion ist, sich resigniert und frustriert abzuwenden und – lauter oder leiser – zu beklagen, dass „die da oben“ zu wenig tun. Eine andere Möglichkeit besteht darin, Ideen zu sammeln und darüber zu diskutieren. Die Lösungen sind nicht einfach, und sie sind auch keineswegs leicht auszumachen. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, vieler Überlegungen, guter Ideen, Engagement und vor allem Durchhaltevermögen.

Kein Thema hat die Standesvertretung im heurigen Jahr so sehr beschäftigt wie das der steigenden Arbeitsbelastung und der steigenden Unzufriedenheit mit dem status quo. Wir haben im Vorstand der Vereinigung im Rahmen der „PAR-Arbeitsgruppe“ intensive Überlegungen angestellt. Im Anschluss hat der Vorstand einen Stufenplan an Maßnahmen (und Eskalationsstufen) beschlossen. Die erste Stufe bestand in einer Intensivierung der Kommunikation der Forderung nach mehr Planstellen und der Forderung, dass dafür gesorgt wird, diese auch besetzen zu können. Dazu haben wir

zahlreiche Gespräche, mit dem Dienstgeber, mit Vertreter:innen der Politik, genauer gesagt mit den Justizsprecher:innen der im Nationalrat vertretenen Parteien, mit sonstigen Stakeholdern und mit etlichen Medien geführt. Immer wieder fanden Inhalte dieser Gespräche auch einen Weg in die Berichterstattung, zuletzt im Rahmen des Presseauftritts des Netzwerks Kriminalpolitik, welches seine Punktation eines Forderungskatalogs an die Politik öffentlichkeitswirksam vorgestellt hat. Der erste Punkt betraf dabei die ausreichende Personalausstattung in der Justiz.

Die Vereinigung hat für diese Arbeit und die Art der Herangehensweise auch Kritik geerntet. Es hieß, wir hätten den Personalmangel durch unsere Forderungen erst „herbeigeredet“. Nur wegen unserer Initiative würden die Kolleg:innen nun über eine starke Arbeitsbelastung klagen. Und: Wir dürften nicht so viele Planstellen fordern, denn die könnten ohnehin nicht besetzt werden. Innerhalb der Standesvertretung gibt es, andererseits, auch Stimmen, denen die Aktivitäten nicht weit genug gehen. Es „brenne der Hut“, wie man so schön sagt, und viel gefordert habe man immer, jetzt müssten endlich Ergebnisse kommen.

Es liegen mittlerweile auch schon einige gute Ideen auf dem Tisch, wie zumindest mittelfristig für ein wenig Entlastung gesorgt werden könnte, etwa durch den Ausbau des Einsatzes von juristischen Mitarbeiter:innen und Verfahrensmanager:innen. Neben verschiedenen Überlegungen und Vorschlägen, wie man den Zugang zum Beruf des:der Richter:in verändern und anpassen könnte, kommen auch zahlreiche Möglichkeiten der Attraktivierung des Berufs in Betracht – angefangen von einer besseren Bezahlung, über die Schaffung

einer Abfertigung, zusätzlicher betrieblicher Sozialleistungen, zum Beispiel ein Klimaticket für alle, bis zu sonstigen dienstrechtlichen Verbesserungen.

In der letzten Ausgabe der Richterzeitung hatten wir unseren Fragenkatalog zu justizpolitischen Themen, den wir den politischen Parteien gesendet hatten, samt Antworten veröffentlicht. Ein Punkt verblüffte uns besonders: Sowohl die ÖVP als auch die Grünen haben bei Frage 5 geantwortet, Gehaltsanhebungen für Richter:innen auf das Niveau der Staatsanwält:innen zu befürworten. Offenbar ist die Überzeugungsarbeit von RiV und GÖD – wenn gleich zu spät – zumindest in der Theorie am Ende noch angekommen. Wir werden weiter daran arbeiten, dass diese Forderung bald Realität wird.

Unserer Berufstätigkeit ist es immanent, dass, was immer wir tun, wie immer wir entscheiden, immer jemand unzufrieden ist. Das ist in der Arbeit der Standesvertretung ganz genauso. Am größten ist allerdings, nach meiner Erfahrung, die Unzufriedenheit, wenn gar nicht gehandelt wird. Das Sprichwort „*done is better than perfect*“ birgt viel Wahres in sich.

Die vielfältigen Ansichten, Bedenken, Sorgen, Wünsche und Erwartungen zu bedenken, abzuwägen und in die praktische Arbeit einzubringen, braucht vor allem viel Zeit, die wir alle gefühlt nicht haben. Aber es ist ein lohnender Prozess, bei dem immer wieder Gutes herauskommt.

Ich möchte daher an dieser Stelle auch etwas Werbung machen für ein Engagement in der Standesvertretung. Der Personalmangel macht auch vor uns nicht halt. Immer weniger Kolleg:innen können für diese wichtige Arbeit gewonnen werden, obgleich im GOG und im Standesvertreterrlass auch Entlastungen von der Tätigkeit in der Rechtsprechung vorgesehen sind. Wir sind ein sehr kollegialer Stand, und ich kann es gut verstehen, wenn jemand sagt, ich kann doch nicht – vor allem zum Beispiel an einem kleinen Bezirksgericht – wenn ohnehin schon eine deutliche Überbelastung durch die reguläre Arbeit besteht, noch zusätzliche Aufgaben übernehmen und meinen Kolleg:innen – durch die eigene Entlastung – Mehrarbeit aufbürden.

Dass Standesvertretung Verbesserungen für alle bringen kann, hat die Vergangenheit an vielen Beispielen gezeigt. Gerade in letzter Zeit wurden viele Forderungen der Standesvertretungen auch erfüllt. Allein das ständige Aufzeigen und Einfordern und das gebetsmühlenartige Wiederholen von verschiedenen Forderungen hat immer wieder den Dienstgeber, die Politik, bzw. das jeweilige Gegenüber dazu motivieren können, doch noch zusätzliche Planstellen zu schaffen, sich Verbesserungen zu überlegen, Dinge weiterzuentwickeln und voranzubringen. Wenn keiner etwas sagt oder tut, bewegt sich hingegen nichts.

Ich erlebe es zum Beispiel häufig, wie wichtig es ist, in den Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen auf in der Praxis nicht durchführbare Regelungen hinzuweisen. Regelmäßig wird auf diese Stellungnahmen reagiert. Es ist auch unerlässlich, bei jedem neuen Entwurf, der zusätzliche Aufgaben für die Gerichtsbarkeit vorsieht, zu betonen, dass damit zusätzliche Arbeit für die Gerichte verbunden ist, und einzumahnen, dass zumindest in der „WFA“ (wirkungsorientierten Folgeabschätzung) der zusätzliche Aufwand realistisch und angemessen beziffert wird. Auch hier hat

die Standesvertretung vor allem in jüngerer Zeit dazu beigetragen, dass man die ursprünglichen Annahmen nach oben revidiert hat, und dass völlig praxisferne Regelungen doch nicht ihren Weg ins Gesetz fanden.

Meiner Ansicht nach muss eine richterliche Standesvertretung stets mit vollem Einsatz die Herstellung des optimalen Zustands fordern, im Großen und im Kleinen. Wir müssen unablässig fordern, dass der Rechtsstaat funktioniert, dass die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gesichert ist, dass es ausreichend Personal für die zu erledigenden Aufgaben gibt, und dass alle sonstigen notwendigen Rahmenbedingungen stimmen. Und das tun wir, auch wenn es einigen zur Last fällt, manche die Augen rollen und andere finden, wir tun viel zu wenig. Die zuletzt Genannten lade ich ein: Meldet euch bei eurer Sektion, jede Mitarbeit bewirkt etwas, jede gute Idee bringt uns weiter.

Von **Max Weber** stammt der berühmte Satz, die Politik sei „**ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich**“. Das gilt auch für die Standespolitik. Die Forderungen, die man erheben möchte, in einer großen Runde zu diskutieren, die vielfältigen Meinungen in der doch recht heterogenen Kolleg:innenschaft zu hören und dann konkrete Maßnahmen zu beschließen, die von einer möglichst breiten Mehrheit im Stand mitgetragen werden, ist bei weitem nicht einfach. Die vielfältigen Ansichten, Bedenken, Sorgen, Wünsche und Erwartungen zu bedenken, abzuwägen und in die praktische Arbeit einzubringen, braucht vor allem viel Zeit, die wir alle gefühlt nicht haben. Aber es ist ein lohnender Prozess, bei dem immer wieder Gutes herauskommt. Manch' einer wirft dabei auch resignierend das Handtuch, kann ich verstehen. Wir anderen greifen zum Bohrer und machen weiter.

MARIA NAZARI-MONTAZER